

Whistleblowing – Verfahren für die Bearbeitung der Meldungen von unerlaubten Handlungen

Prämisse: Das gegenständliche Verfahren bezweckt die vollständige Umsetzung der rechtlichen Regelung im Bereich Schutz des öffentlichen Bediensteten, der unerlaubte Handlungen meldet (sog. Whistleblower), im Sinne von Art. 54-bis des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 30. März 2001, Nr. 165 (in der zuletzt mit Gesetz vom 30. November 2017, Nr. 179, abgeänderten Fassung), sowie der Richtlinien, die von der Gesamtstaatlichen Antikorruptionsbehörde (ANAC) mit Entscheidung Nr. 6 vom 28. April 2015 erlassen wurden.

1. Personen, die zur Einreichung einer Meldung befugt sind (in der Folge „Hinweisgeber“ genannt):

Folgende Kategorien von Personen können eine Meldung von unerlaubten Handlungen einreichen:

- Die Mitarbeiter der Bäckerei Konditorei Erb GmbH;
- Die Arbeitnehmer und Mitarbeiter jener Unternehmen, die der Landesverwaltung Waren liefern, Dienstleistungen für sie erbringen oder Arbeiten für sie ausführen.
- Externe Berater der Erb GmbH

2. Adressat der Meldungen sowie Personen, die für die Bearbeitung der Meldungen zuständig sind:

Die Meldungen müssen direkt beim Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung eingereicht werden.

Die vom Personal an den eigenen Vorgesetzten oder irrtümlicherweise an einen anderen Bediensteten der Erb GmbH übermittelten Meldungen müssen unverzüglich an den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung weitergeleitet werden, wobei sämtliche geeigneten Vorkehrungen zu treffen sind, um die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers sowie des Inhalts der Meldung zu wahren (z.B. indem die Meldung in einem verschlossenen Umschlag dem Verantwortlichen übergeben wird; indem die eventuell per E-mail übermittelte Meldung an das eigens eingerichtete Postfach weiter geleitet und die Mitteilung anschließend gelöscht wird).

3. Gegenstand der Meldung:

Die Verstöße, die von den Whistleblowern gemeldet werden können und die im Rahmen des Dekrets relevant sind, betreffen z. B. Verwaltungs-, Rechnungslegungs-, zivil- oder strafrechtliche Verstöße, rechtswidrige Handlungen, die im Rahmen des Gesetzesdekrets 231/2001 relevant sind, Verstöße, die in den Anwendungsbereich von Bestimmungen der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten fallen, die sich auf das öffentliche Auftragswesen, Dienstleistungen, Finanzprodukte und -märkte sowie die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Produktsicherheit und Compliance, Transportsicherheit, Umweltschutz und andere im Dekret aufgeführte rechtswidrige Handlungen beziehen

Es ist in jedem Fall eine unabdingbare Voraussetzung, dass die Meldung im Interesse der Erb GmbH nicht die Erfüllung von persönlichen Ansprüchen des Hinweisgebers zum Ziel haben.

4. Ausschlüsse:

Unbeschadet der Möglichkeit, eventuelle Ergänzungen anzufordern oder eine Weiterleitung an die zuständigen Körperschaften vorzunehmen, werden folgende Meldungen im Rahmen der Sachverhaltsermittlung nicht berücksichtigt:

- Meldungen über Sachverhalte, die weder das Personal noch den Tätigkeitsbereich der Erb GmbH betreffen;
- Meldungen, die in anonymer Form eingebracht werden;
- Meldungen, die ausschließlich Beanstandungen oder Beschwerden persönlicher Natur zum Gegenstand haben;
- Meldungen, die auf reinen Verdächtigungen oder Gerüchten beruhen.

5. Modalitäten der Einreichung:

Die Meldung sollte vorzugsweise unter Verwendung des speziellen Formulars erfolgen, das auf der institutionellen Webseite des Landes veröffentlicht ist. Link zum Formular:

Der Hinweisgeber muss die Meldung in jedem Fall unterschreiben und zusammen mit einem Ausweisdokument einreichen, da die verschiedenen Schutzmechanismen im Bereich des Whistleblowing ausschließlich zugunsten von klar identifizierbaren Personen vorgesehen sind.

Der Verwaltung steht es allerdings frei, die notwendigen und zweckmäßigen Überprüfungen auch infolge der Einreichung einer anonymen Meldung zu veranlassen, sofern diese ausreichend detailliert ist und eine ausführliche Schilderung mit genauen Einzelheiten enthält.

Die Meldung kann auf folgende Art und Weise bei der Verwaltung eingereicht werden:

- per E-Mail an das eigens eingerichtete Postfach erb@brennercom.net, auf welches ausschließlich für die Korruptionsvorbeugung Zugriff haben. Falls der Bedienstete die Meldung unter Verwendung seines amtlichen E-Mail-Postfachs übermittelt, muss der Meldung kein Ausweisdokument beigelegt werden.

- auf dem Postweg. In diesem Fall muss die Meldung in einen **VERSCHLOSSENEN UMSCHLAG** eingefügt werden, der mit der Beschriftung „**VERTRAULICH PERSÖNLICH**“ zu versehen ist. Der Umschlag ist an folgende Adresse zu übermitteln:

Erb GmbH
z. Hd. des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung
Giorgio Salvioni
Rennstallweg 83/85 Meran 39012

Um die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers zu gewährleisten wird empfohlen, die eigentliche Meldung von der Kopie des Ausweisdokuments zu trennen und besagte Kopie in einen zweiten kleineren Umschlag einzufügen, der dann verschlossen wird. Der kleine Umschlag wird anschließend - zusammen mit der Meldung – in den größeren Umschlag eingefügt, welcher per Post an die angegebene Adresse zu senden ist.

- Neben der Einreichung einer schriftlichen Meldung besteht für den Hinweisgeber auch die Möglichkeit, seine Meldung in Gegenwart des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung in Form einer mündlichen Erklärung abzugeben. In diesem Fall wird über die mündliche Erklärung ein schriftliches Protokoll verfasst, welches von Seiten des Hinweisgebers zu unterschreiben ist.

6. Sachverhaltsermittlung und Abschluss des Verfahrens:

Die an den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung übermittelten Meldungen werden in „vertraulicher Form“ protokolliert, um sicherzustellen, dass die jeweiligen Protokolleinträge sowie die entsprechenden Dokumente ausschließlich für den Verantwortlichen sind.

Die offensichtlich unbegründeten Meldungen sowie jene, auf die einer der obgenannten Ausschlussfälle zutrifft, können vom Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung – auch mittels Erlass einer Sammelmaßnahme und in halbjährlichen Abständen – archiviert werden.

In den obgenannten Fällen wird die Archivierung verfügt, ohne vorher eine Sachverhaltsermittlung einzuleiten; davon unbeschadet bleibt allerdings die Möglichkeit, den Hinweisgeber vor der Archivierung zur Übermittlung von Klarstellungen oder ergänzenden Informationen bezüglich der gemeldeten Sachverhalte aufzufordern. Die Meldungen von unerlaubten Handlungen, welche das Personal oder den Tätigkeitsbereich von anderen Körperschaften betreffen, werden unter Einhaltung geeigneter Vorkehrungen den eventuell zuständigen Körperschaften weitergeleitet.

Außer in den im vorhergehenden Absatz beschriebenen Fällen ersucht der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung jene Führungskräfte, die den Organisationseinheiten übergeordnet sind, auf die sich die gemeldeten Sachverhalte beziehen, um eine Stellungnahme hinsichtlich der eingereichten Meldung.

Innerhalb von höchstens 30 Tagen ab Erhalt der Meldung übermittelt er ihnen zu diesem Zweck eine schriftliche Mitteilung, in der der Inhalt der Meldung – auch in zusammengefasster Form, aber immer nach vorheriger Entfernung sämtlicher persönlichen Daten des Hinweisgebers – wiedergegeben wird, verbunden mit der Aufforderung, ihm innerhalb einer angemessenen Frist (welche jedenfalls nicht mehr als 60 Tage betragen kann) eine ausführliche Stellungnahme hinsichtlich des gemeldeten Sachverhalts zurückzusenden. In der besagten Mitteilung wird auch ein kurzer Hinweis betreffend die Rechtsgrundlagen des Instituts des whistleblowing eingefügt, sowie die Aufforderung, das Verfahren auf eine streng vertrauliche Art und Weise abzuwickeln.

Der Hinweisgeber kann jederzeit Informationen über den aktuellen Stand der Bearbeitung seiner Meldung einholen, indem er per E-Mail eine entsprechende Anfrage an das elektronische Postfach erb@brennercom.net sendet.

Innerhalb einer Frist von höchstens 120 Tagen ab Erhalt der Meldung entscheidet der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung abschließend über das Verfahren, wobei er folgende alternative Maßnahmen trifft:

- die Archivierung der Meldung (gemäß den oben beschriebenen Modalitäten), falls diese sich im Lichte der Ergebnisse der Sachverhaltsermittlung als unbegründet herausgestellt hat;
- die Weiterleitung der Meldung an die Geschäftsleitung, für die Ausübung der jeweiligen Zuständigkeiten, falls sich die Meldung als ganz oder teilweise begründet herausstellt;
- die Mitteilung des gemeldeten Sachverhalts an das für die Disziplinarverfahren zuständige Organ und/oder an die sonstigen zuständigen Organisationseinheiten, für den Erlass der im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen.

Über den Ausgang des Verfahrens wird auch der Hinweisgeber benachrichtigt, der wenigstens eine Kontaktadresse angegeben hat.

7. Schutz des Hinweisgebers:

Im Sinne der Bestimmungen im Bereich Whistleblowing darf der Hinweisgeber, der im Rahmen seines Arbeitsverhältnisses von unerlaubten Handlungen Kenntnis erlangt und diese anschließend gemeldet oder angezeigt hat, weder bestraft oder bezüglich seines Aufgabenprofils schlechter gestellt werden, noch darf er entlassen, versetzt oder einer anderen organisatorischen Maßnahme unterworfen werden, welche auf die Meldung zurückzuführen ist und direkte oder indirekte negative Auswirkungen auf seine Arbeitsbedingungen hat.

Giorgio Salvioni, der ist zu strengster Geheimhaltung verpflichtet.

Die Identität des Hinweisgebers darf nicht offengelegt werden. Zu diesem Zweck werden bei Einleitung der Sachverhaltsermittlung jene Teile der Meldung, welche die meldeamtlichen und persönlichen Daten des Hinweisgebers enthalten, von den anderen Teilen getrennt, welche ausschließlich die Schilderung der gemeldeten Sachverhalte betreffen. Nur die letztgenannten Teile der Meldung werden für die Zwecke der Sachverhaltsermittlung verwendet.

Im Rahmen des infolge der Meldung eventuell eingeleiteten Disziplinarverfahrens kann die Meldung selbst nur in jenen Fällen verwendet werden, in denen folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

- die Vorhaltung des zur Last gelegten Disziplinarvergehens beruht gänzlich oder teilweise auf der Meldung;
- die Kenntnis der Identität des Hinweisgebers ist unabdingbar für die Verteidigung des Beschuldigten;
- der Hinweisgeber gibt seine Zustimmung zur Offenlegung seiner Identität.

Die Bewertung, ob im Einzelfall die Voraussetzung der „Unabdingbarkeit“ der Kenntnis des Namens des Hinweisgebers erfüllt ist, obliegt dem für das Disziplinarverfahren zuständigen Organ, das mit begründeter Maßnahme und auf ausdrücklichen Antrag des Beschuldigten entscheidet, der wiederum die Tatsachen beweisen muss, auf denen sein Anspruch beruht.

Der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung wird dem für das Disziplinarverfahren zuständigen Organ die vollständige Meldung erst weiterleiten, nachdem die Zustimmung des Hinweisgebers eingeholt wurde.

Der Erb GmbH obliegt der Nachweis, dass die gegen den Hinweisgeber getroffenen und von diesem als diskriminierend oder abstrafend empfundenen Maßnahmen aus Gründen erlassen wurden, die nicht im Zusammenhang mit der Einreichung der Meldung stehen. Die von der Verwaltung oder der Körperschaft ergriffenen Maßnahmen mit diskriminierendem oder Vergeltungscharakter sind nichtig.

Der Hinweisgeber, der wegen der Einreichung seiner Meldung entlassen wurde, wird gemäß Artikel 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4. März 2015, Nr. 23, in seine Arbeitsstelle wiederingesetzt.

Die im gegenständlichen Abschnitt vorgesehenen Schutzmechanismen sind in jenen Fällen unwirksam, in denen – auch nur mit einem erstinstanzlichen Urteil – die strafrechtliche Haftung des Hinweisgebers wegen der Straftaten der Verleumdung oder der üblen Nachrede oder wegen anderer Straftaten, die mit der Anzeige begangen wurden, festgestellt wurde, oder aber seine zivilrechtliche Haftung aus denselben Rechtstiteln, beschränkt auf die Fälle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Whistleblowing - Procedura per la gestione delle segnalazioni di condotte illecite

Premessa: La presente procedura è volta a dare piena attuazione alla disciplina in materia di tutela del dipendente pubblico che segnala illeciti (c.d. "whistleblower"), ai sensi dell'art. 54-bis del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165 (come da ultimo modificato con legge 30 novembre 2017, n. 179), nonché delle Linee guida emanate dall'ANAC con Determinazione n. 6 del 28 aprile 2015.

1. Soggetti legittimati alla presentazione di una segnalazione (in seguito denominati "segnalanti"):

Le seguenti categorie di soggetti possono inoltrare una segnalazione di condotte illecite:

- i dipendenti di Bäckerei Konditorei Erb GmbH;
- i lavoratori e i collaboratori delle imprese fornitrici di beni o servizi e che realizzano opere in favore dell'Erb GmbH.
- consulenti esterni di Erb GmbH

2. Destinatario e soggetti preposti alla gestione delle segnalazioni:

Le segnalazioni devono essere presentate direttamente al Responsabile della prevenzione della corruzione.

Le segnalazioni inviate dal personale al proprio dirigente, nonché quelle pervenute per errore ad un qualsiasi altro dipendente dell'amministrazione provinciale, devono essere immediatamente trasmesse al Responsabile della prevenzione della corruzione, adottando tutte le cautele del caso per garantire la riservatezza dell'identità del segnalante e del contenuto della segnalazione (ad es. dovrà essere consegnata in busta chiusa al Responsabile; inviando alla casella di posta elettronica dedicata l'eventuale segnalazione pervenuta via mail, provvedendo in seguito alla cancellazione del messaggio).

3. Oggetto della segnalazione:

I reati che possono essere segnalati dai whistleblower e che sono rilevanti ai sensi del decreto riguardano, ad esempio illeciti amministrativi, contabili, civili o penali, illeciti rilevanti ai sensi del D.Lgs. 231/2001, illeciti che rientrano nell'ambito di applicazione delle disposizioni dell'Unione Europea o degli Stati membri in materia di appalti pubblici, servizi, prodotti e mercati finanziari e prevenzione del riciclaggio e del finanziamento del terrorismo, sicurezza e conformità dei prodotti, sicurezza dei trasporti, tutela dell'ambiente e altri illeciti elencati nel Decreto

È in ogni caso indispensabile che la segnalazione sia effettuata nell'interesse dell'Erb GmbH non alla soddisfazione di esigenze individuali del segnalante.

4. Esclusioni:

Non verranno prese in considerazione ai fini dello svolgimento dell'istruttoria, salvo eventuali richieste di integrazioni o la trasmissione agli enti competenti:

- le segnalazioni inerenti a fatti che non siano riferibili né al personale, né all'ambito di intervento dell'Erb GmbH;
- le segnalazioni presentate in forma anonima;
- le segnalazioni aventi esclusivamente ad oggetto doglianze o lamentele di carattere personale;
- le segnalazioni fondate su meri sospetti o voci.

5. Modalità di presentazione:

La segnalazione va effettuata preferibilmente, utilizzando l'apposito modulo pubblicato sul sito istituzionale della Provincia. Link al modulo:

La segnalazione deve essere in ogni caso sottoscritta e corredata di un documento di riconoscimento del segnalante, in quanto le varie forme di tutela previste in materia di whistleblowing possono essere accordate unicamente a soggetti individuabili e riconoscibili.

Resta comunque ferma la possibilità per l'amministrazione di procedere alle opportune e necessarie verifiche anche in presenza di una segnalazione anonima, purché la medesima sia adeguatamente circostanziata e resa con dovizia di particolari.

Per quanto riguarda le modalità di invio, la segnalazione può essere trasmessa all'amministrazione:

- via mail alla casella di posta elettronica erb@brennercom.net, accessibile soltanto dal Responsabile della prevenzione della corruzione e dai componenti del gruppo di lavoro di supporto. Qualora il dipendente faccia uso della propria casella di posta elettronica istituzionale ai fini dell'invio della segnalazione, la medesima non dovrà essere accompagnata da alcun documento di riconoscimento.
- a mezzo del servizio postale. In tal caso, la segnalazione va inserita in una BUSTA CHIUSA recante la dicitura "RISERVATA PERSONALE", e deve essere inviata al seguente indirizzo:

Erb GmbH
c.a. Responsabile della prevenzione della corruzione
Giorgio Salvioni
Via Scuderie 83/85 Merano 39012

Al fine di garantire la riservatezza del segnalante, si consiglia di separare la segnalazione e la copia del documento di riconoscimento, inserendo quest'ultima in una seconda busta chiusa di dimensioni più piccole. La busta piccola dovrà essere inserita – unitamente alla segnalazione – in quella più grande, che andrà poi inviata a mezzo posta all'indirizzo indicato.

- In alternativa all'invio di una segnalazione scritta, il segnalante ha altresì facoltà di effettuarla in forma orale, mediante dichiarazione rilasciata in presenza del Responsabile della prevenzione della corruzione. In tal caso, della dichiarazione verrà redatto un processo verbale, da sottoscrivere da parte del segnalante.

6. Istruttoria e conclusione del procedimento:

Le segnalazioni inviate al Responsabile della prevenzione della corruzione sono protocollate "in forma riservata", assicurando che la visibilità delle corrispondenti registrazioni di protocollo e dei relativi documenti sia limitata esclusivamente al Responsabile medesimo.

Le segnalazioni manifestamente infondate e quelle rientranti nei casi di esclusione, precedentemente elencati, potranno essere archiviate, anche in forma cumulativa e con cadenza semestrale, dal Responsabile della prevenzione della corruzione.

Nelle suddette ipotesi, l'archiviazione sarà disposta senza previo avvio di un'istruttoria, ma potrà comunque essere preceduta dalla richiesta al segnalante di fornire chiarimenti o informazioni integrative in merito ai fatti rappresentati. Le segnalazioni di condotte illecite riferibili al personale o

all'ambito di intervento di altri enti saranno trasmesse con le necessarie cautele agli enti eventualmente competenti.

Fuori dei casi di cui al precedente comma, il Responsabile della prevenzione della corruzione invita i dirigenti sovraordinati alle strutture organizzative cui si riferiscono i fatti segnalati a prendere posizione in merito alla segnalazione pervenuta.

A tal fine invia loro, entro un termine massimo di 30 giorni dalla ricezione della segnalazione, una nota scritta riportante il contenuto della segnalazione – anche in modo riassuntivo, ma avendo in ogni caso cura di espungere qualsiasi dato identificativo del segnalante – e recante la richiesta di far pervenire entro un congruo termine (comunque non superiore a 60 giorni) una presa di posizione esaustiva in merito al fatto segnalato. Nella nota verrà anche inserito un breve avviso inerente alle basi normative dell'istituto del whistleblowing, accompagnato dalla richiesta di garantire la massima riservatezza nella trattazione del procedimento.

Il segnalante può in ogni momento chiedere informazioni sullo stato della trattazione della sua segnalazione, inviando una richiesta via mail alla casella di posta elettronica erb@brennercom.net.

Entro un termine massimo di 120 giorni dalla ricezione della segnalazione, il Responsabile della prevenzione corruzione conclude il procedimento, provvedendo alternativamente:

- all'archiviazione della segnalazione (secondo le modalità sopra indicate), qualora la medesima si rivelasse infondata alla luce delle risultanze dell'istruttoria;
- all'inoltro della segnalazione alla gestione, per i profili di rispettiva competenza, qualora la segnalazione si rivelasse in tutto o in parte fondata;
- a dare comunicazione del fatto segnalato all'organo preposto ai procedimenti disciplinari e/o alle altre strutture organizzative competenti, ai fini dell'adozione dei provvedimenti del caso.

Dell'esito del procedimento è data notizia anche al segnalante che abbia indicato almeno un recapito.

7. Tutela del segnalante:

Ai sensi della normativa in materia di whistleblowing, il segnalante che abbia segnalato o denunciato condotte illecite di cui è venuto a conoscenza in ragione del rapporto di lavoro, non può essere sanzionato, demansionato, licenziato, trasferito, o sottoposto ad altra misura organizzativa avente effetti negativi, diretti o indiretti, sulle condizioni di lavoro determinata dalla segnalazione.

Giorgio Salvioni è tenuto a mantenere il massimo riserbo.

L'identità del segnalante non può essere rivelata. A tal fine, in sede di avvio dell'istruttoria si procede a separare quelle parti della segnalazione da cui sia possibile evincere le generalità e i dati identificativi del segnalante dalle altre parti che contengono esclusivamente la rappresentazione dei fatti segnalati. Solo queste ultime parti vengono utilizzate ai fini dell'istruttoria.

Nell'ambito del procedimento disciplinare eventualmente instaurato in seguito alla segnalazione, la segnalazione medesima sarà utilizzabile solo nel caso in cui ricorrano cumulativamente le seguenti condizioni:

- la contestazione dell'addebito disciplinare è fondata, in tutto o in parte, sulla segnalazione;
- la conoscenza dell'identità del segnalante risulta indispensabile per la difesa dell'incolpato;
- vi è il consenso del segnalante alla rivelazione della sua identità.

La valutazione circa la sussistenza della condizione di “indispensabilità” della conoscenza del nominativo del segnalante spetta all’organo competente per il procedimento disciplinare, che decide con provvedimento motivato e su specifica richiesta dell’incolpato, il quale è tenuto a provare i fatti che costituiscono il fondamento della sua pretesa.

Il Responsabile della prevenzione della corruzione provvederà a trasmettere la segnalazione integrale all’organo competente per il procedimento disciplinare solamente previa acquisizione del consenso del segnalante.

La segnalazione è infine sottratta al diritto d’accesso previsto dagli articoli 24 ss. nonché dall’art. 28/bis della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17.

È a carico dell’Erb GmbH dimostrare che le misure adottate nei confronti del segnalante e da questi ritenute discriminatorie o ritorsive, sono motivate da ragioni estranee alla segnalazione stessa. Gli atti discriminatori o ritorsivi adottati dall’amministrazione o dall’ente sono nulli.

Il segnalante che sia licenziato a motivo della segnalazione è reintegrato nel posto di lavoro ai sensi dell’articolo 2 del decreto legislativo 4 marzo 2015, n. 23.

Le tutele di cui al presente punto non sono però garantite nei casi in cui sia accertata, anche con sentenza di primo grado, la responsabilità penale del segnalante per i reati di calunnia o diffamazione o comunque per reati commessi con la denuncia ovvero la sua responsabilità civile, per lo stesso titolo, nei casi di dolo o colpa grave.

Formular für die Meldung von Missständen – Whistleblowing

Meldung für Missstände – Folgende Punkte beachten:

1. Die Meldung muss über den Whistleblowing-Kanal des Unternehmens abgegeben werden;
2. Die Meldung darf nicht doppelt abgegeben werden;
3. Meldungen, die ohne Angabe der Daten der hinweisgebenden Person oder anonym erfolgen, werden als einfache Meldung behandelt. Bei anonymen Meldungen kann die Identität der hinweisgebenden Person zwecks eines möglichen Rechtsschutzes nachgetragen werden;
4. Ihre personenbezogenen Daten werden unter Einhaltung des Datenschutzgesetzes und der durch die EU-Verordnung EU 679/2016 garantierten Rechten verarbeitet. Die in den Artikeln 15 bis 22 der Verordnung garantierten Rechten können jedoch durch einen Antrag an den Datenverantwortlichen oder durch eine Beschwerde gemäß Artikel 77 der Verordnung ausgeübt werden, wenn die Ausübung dieser Rechte zu einer tatsächlichen und konkreten Beeinträchtigung des Datenschutzes der hinweisgebenden Person, die im Rahmen ihrer Arbeit Kenntnis vom Missstand erlangt hat, führen kann. Der Datenverantwortliche ist Erb GmbH.

Daten des Hinweisgebers

Vorname: _____ Nachname: _____

Ausführender Beruf/Funktion: _____

Berufsstandort: _____

Vorgesetzter: _____

Telefon: _____

E-Mail-Adresse: _____

Daten und Informationen über den Missstand

Ort, in dem der Missstand beobachtet wurde:

Zeitraum bzw. Datum, an dem der Missstand beobachtet wurde:

Verantwortlicher bzw. Urheber des Vorfalls: Vor- und Zuname, berufliche Qualifikation (es können auch mehrere Personen angegeben werden):

In den Vorfall verwickelte Unternehmen:

Art und Weise, wie die hinweisgebende Person von der Tat erfahren hat:

Beschreibung des Sachverhalts

Beschreibung des Vorfalls (Verhalten der beteiligten Person, äußere Umstände und Folgen):

Beweismittel zum Sachverhalt (Videos, Fotos, Dateien oder sonstige Dokumente):

Ja

Nein

Die hinweisgebende Person erklärt

- dass sie die Unternehmensinformation über das interne Meldesystem für Missstände (Whistleblowing) gelesen hat;
- dass sie sich der zivil- und strafrechtlichen Folgen bewusst ist, denen sie bei Abgabe unwahre Erklärungen, Urkundenfälschung oder Gebrauch von Falschurkunden unterliegt (auch im Sinne und für die Rechtswirkungen von Art. 76 des D.P.R. 445/2000);
- dass sie die Warnhinweise und die Datenschutzerklärung gelesen und verstanden hat;
- dass sie dieses Formular vollständig ausgefüllt und unterschrieben als .pdf-Datei an die E-Mail-Adresse erb@brennercom.net sendet

Datum

Unterschrift